

**Entschließungsantrag**

der Bundesrät\*innen Korinna Schumann,  
Genossinnen und Genossen

betreffend **Corona-Bonus für alle Krisen-Held\*innen**

*eingbracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 17. Juni 2021  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Pflegefondsgesetz und das COVID-19-  
Zweckzuschussgesetz geändert werden (1665/A und 882 d.B.)*

Die Beschlussfassung des Corona-Bonus zeigt die Kaltherzigkeit dieser Bundesregierung. Zahlreichen Heldinnen und Helden, die teilweise weniger sichtbar, aber dennoch unverzichtbar für das Aufrechterhalten des Gesundheitssystems waren und sind, wird dieser Bonus von Türkis/Grün einfach nicht zugestanden.

Leider schließt die Regierung jetzt viele Menschen, die in der Corona-Krise Tag und Nacht für uns da waren, einfach vom Bezug des Corona-Bonus aus. Vielen Beschäftigten in den Gesundheits- und Betreuungsberufen, Sozialbetreuungsberufen, Pflegeberufen, aber auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus der Verwaltung, Technik, oder Wachdiensten wird diese finanzielle Anerkennung nicht zuteil.

Darüber hinaus: was ist mit den Beschäftigten in den Kindergärten? Was ist mit den Arbeitnehmer\*innen der Daseinsvorsorge – Rettung, Strom, Gas, Verkehr, Müllentsorgung und den vielen anderen Berufen und Branchen, wie zum Beispiel auch im Lebensmittelhandel, die viel auf sich genommen haben, um den Alltag in den Städten und Gemeinden aufrecht zu erhalten? Zu Recht erwarten auch sie sich eine faire Anerkennung ihrer Leistungen.

Die Regierung schafft es wieder einmal die Menschen auseinander zu dividieren. Es werden verschiedene Klassen von Arbeitnehmer\*innen geschaffen. Jene, die einen Bonus bekommen sollen, und jene, die es sich in den Augen der Regierung nicht verdient haben, obwohl sie im Hintergrund ebenfalls für das Funktionieren des Systems Verantwortung getragen haben. Auch sie und ihre Familien haben sich mindestens die Anerkennung in Form eines Corona-Bonus verdient.

Die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte stellen daher nachfolgenden

**Entschließungsantrag**

Der Bundesrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und der Finanzminister werden aufgefordert, bei der Zuteilung des ‚Corona-Bonus‘ alle Beschäftigten, die unser Gesundheitswesen am Laufen halten, zu berücksichtigen und darüber hinaus auch den Arbeitnehmer\*innen in den Bereichen der Daseinsvorsorge und anderen unverzichtbaren Branchen, wie zum Beispiel im Lebensmittelhandel, eine finanzielle Anerkennung zukommen zu lassen.“

*Gruber - Pinner*  
(Gruber - Pinner)

*[Signature]*  
(SCHUMANN)

*[Signature]*  
(GRIMLINA)

